

Kein Geld für die Welt aus dem Ländle

Stuttgart (17.3.08): Die Regierungskoalition aus CDU und FDP in Baden-Württemberg stimmt gegen die Global Marshall Plan-Initiative. SPD und Grüne sind enttäuscht. Die Opposition fordert offizielle Unterstützung.

Den Ausgang nahm die Geschichte im Januar 2007. Nach einer gut besuchten Veranstaltung mit Professor Radermacher hatten die beiden Landtagsabgeordneten Johannes Stober (SPD) und Gisela Splett (Grüne) mit ihren jeweiligen Fraktionen einen Antrag zur Unterstützung der Global Marshall Plan Initiative durch das Land Baden-Württemberg in den Landtag eingebracht.

Die Global Marshall Plan-Initiative hat eine "Welt in Balance" zum Ziel. Ein zentraler Punkt hierbei ist die Durchsetzung der weltweit vereinbarten Millenniumsziele der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2015. Die Umsetzung dieses Ziels kostet Geld. Ein weiteres Kernziel der Initiative ist die schrittweise Realisierung einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft - was eine grundlegende Reform des Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft voraussetzt.

Die Global Marshall Plan-Initiative findet in vielen Teilen der Gesellschaft und auch in der Politik breite Unterstützung und ist in Baden-Württemberg tief verwurzelt. Am öffentlichen Bekenntnis der Regierungsparteien zu den Millenniumszielen mangelt es nicht. Bei Geld hört der Elan aber auf. Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit wurden in den letzten Jahren reduziert und Projekte zur Armutsbekämpfung dem bürgerschaftlichen Engagement und den Stiftungen überlassen.

Die Entscheidung im Wirtschaftsausschuss des baden-württembergischen Landtags war deutlich: Bei einer Enthaltung stimmten die Regierungsfractionen gegen den Antrag. Stober und Splett zeigen sich enttäuscht. "Wer sich zu den Millenniumszielen bekennt und sich für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzen will, muss auch konkret etwas tun. Die Unterstützung der 'Global Marshall Plan' - Initiative durch das vom baden-württembergischen Volk gewählte Parlament wäre ein wichtiges Zeichen in diese Richtung gewesen", so die beiden Abgeordneten.

Neben österreichischen Bundesländern bekennt sich auch der Thüringische Landtag ausdrücklich zu den Zielen der Initiative. "Einen entsprechenden Beschluss hätten wir uns nun auch vom baden-württembergischen Landtag gewünscht", betonen Stober und Splett.